



Zusammenfassung: 25 Jahre Abkommen von Dayton (1995)

Bilanz: Die heutige Lage in Bosnien und Herzegowina

- Das Friedensabkommen von Dayton teilte Bosnien und Herzegowina in eine bosnisch-kroatische Föderation und eine „Serbenrepublik“, die Republika Srpska. Die ethnische Teilung des Landes ist heute zementiert. Die wahre Macht liegt bei den monoethnisch organisierten Entitäten, insbesondere der Entität Republika Srpska, die nach der Tötung und Vertreibung der Bosniaken und Kroaten entstanden ist und einen direkten Kriegsgewinn für die serbische Seite darstellt.
- Die Republika Srpska unterminiert seit 25 Jahren die nationale Souveränität Bosniens. Bosnien kann mit der bestehenden Verfassung keine Fortschritte auf dem Weg zum EU- und NATO-Beitritt machen, da die Verabschiedung der meisten für den Beitritt notwendigen Reformen von dieser Entität blockiert wird. Der Annex 7 des Daytoner Abkommens, der die Rückkehr aller Flüchtlinge und Vertriebenen garantieren sollte, wurde nicht umgesetzt. So konnten über eine Million vertriebener Bosniaken und Kroaten sowie anderer Minderheiten nicht in ihre Häuser und Wohnungen in Orten der heutigen Republika Srpska zurückkehren.
- Für die notwendigen, tiefgreifenden Reformen in den Bereichen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Grundrechte sowie einer Reform der öffentlichen Verwaltung fehlt dem Land derzeit der politische Wille. Es gibt keine Fortschritte in Sachen Justizreform, Umsetzung der Schlüsselprioritäten für die Annäherung an die EU oder die Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität.
- Die im Daytoner Vertrag ausgearbeitete Verfassung stellt die Interessen der größten ethnischen Gruppen (Serben, Bosniaken und Kroaten) über die Gleichberechtigung aller Bürger und diskriminiert damit Minderheiten. Im Bereich der Menschenrechte, sowie der Gewährleistung der Meinungs- und Medienfreiheit bestehen große Defizite.
- Die Nachbarstaaten Serbien und Kroatien versuchen nach wie vor, die Souveränität Bosniens zu untergraben. Die staatliche Politik Serbiens in Bezug auf die Region hat sich auch 25 Jahre nach dem Krieg und dem Sturz von Milošević nicht geändert. Auch die offizielle Politik des EU-Mitglieds Kroatien unterstützt die Einrichtung einer dritten kroatischen Entität in der Herzegowina. Ihr Präsident Zoran Milanović liebäugelt mit dem ehemaligen Präsidenten der Republika Srpska, Milorad Dodik.
- Unter den Augen der EU versuchen die Türkei und Saudi-Arabien, ihren Islamismus unter der bosniakischen Bevölkerung zu verbreiten. Der Einfluss von China und Russland, der politisch und wirtschaftlich die Region dominiert, droht Bosnien aus seiner europäischen Verankerung zu lösen.
- Die bisherige finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung der internationalen Gemeinschaft war unzureichend koordiniert und für Bosnien weitgehend wirkungslos. Wirtschaftsreformen haben nur einigen Eliten genützt. Die Bürgerinnen und Bürger profitieren davon nicht.
- Die Leugnung von Völkermord und Kriegsverbrechen, Hassrede, die Verherrlichung von Kriegsverbrechern sowie das Zelebrieren der Gräueltaten sind weit verbreitet.
- Der 1995 vom Westen initiierte, ungerechte Frieden hat dem Land keine Zukunftsperspektiven gegeben. Die Resultate der Kommunalwahlen vom 15. November 2020, bei denen die nationalistischen und ethnisch-dominanten Parteien etwas von ihrer Macht eingebüßt haben, bringen eine gewisse Hoffnung, doch Bosnien steht noch immer am Rande eines neuen Konfliktes.



Forderungen: Was sich verändern muss

- Die EU und die Europäische Kommission müssen die Umsetzung der erforderlichen Reformen deutlich einfordern. Gleichzeitig müssen sie den Bürgern von Bosnien und Herzegowina die Vision einer lebenswerten und stabilen Zukunft bieten. Es muss Einigkeit über klare Ziele, Grundsätze und Werte erzielt werden, vor allem über die Achtung der Rechtsstaatlichkeit und der demokratischen Grundsätze.
- Der Hohe Vertreter für Bosnien und Herzegowina sollte seine Bonner Vollmachten nutzen, um ein Gesetz zur Bestrafung von Völkermordleugnung und der Verherrlichung verurteilter Kriegsverbrecher zu verabschieden. Dies muss mit Maßnahmen flankiert werden, die Hassrede, ethnischen Antagonismus und spaltenden Separatismus einschränken, die Straflosigkeit für Kriegsverbrecher beenden, Gerechtigkeit wiederherstellen und Versöhnung fördern.
- Bosnische Politiker und Offizielle müssen sich dem Reformprozess verpflichten oder abtreten. Die Verfassung muss geändert werden, um Gerichtsurteilen, den prinzipien- und wertebasierten Anforderungen der EU und der internationalen Gemeinschaft sowie den legitimen Anliegen einzelner Bürger und Organisationen der Zivilgesellschaft Rechnung zu tragen.
- Die EU und die internationale Gemeinschaft sollten Graswurzelbewegungen fördern und unterstützen, deren Rolle für die Genesung ihres Landes von entscheidender Bedeutung ist. Zivilgesellschaftliche Organisationen und auch die Bürger vor Ort müssen in Konsultationsprozesse einbezogen werden, denn der EU-Beitrittsprozess erscheint ihnen sonst abstrakt und fern. Besonderes Augenmerk brauchen dabei junge Menschen sowie marginalisierte und schutzbedürftige Gemeinschaften.
- Neben der nachdrücklichen Verurteilung von Politikern, die Spaltung und Dysfunktion fördern, sollte die EU auch Sanktionen wie Einreiseverbote prüfen. Bürger und Organisationen, die auf demokratische Reformen drängen, sollten öffentlich hervorgehoben und unterstützt werden. Für finanzielle Unterstützung muss es klare Kriterien geben, die positive Veränderung belohnen. Politische und finanzielle Unterstützung sollte möglichst auf die lokale oder kommunale Ebene zielen.
- Zusätzliche Unterstützung sollte Organisationen stärken, die Reformen im Einklang mit europäischen Werten fördern. Dazu gehören ausdrücklich Menschenrechtsorganisationen und professionelle, unabhängige Medien. Bürgerinitiativen beispielsweise zur gezielten Überwindung der Segregation im Bildungssystem oder zur Förderung der Teilnahme an der Kommunalverwaltung müssen gezielt unterstützt werden.
- Es braucht mehr Transparenz seitens der EU bei Verhandlungen mit bosnischen Politikern sowie eine Verbesserung der Sichtbarkeit von Brüssel durch umfassendere Öffentlichkeitsarbeit.
- Die EU und die internationale Gemeinschaft müssen ihren Einsatz für eine kooperative und für beide Seiten vorteilhafte Beziehung zu den Nationen des gesamten westlichen Balkans auf höchster Ebene betonen. Die Bedrohung durch Sezession und Destabilisierung von innen und außen muss ernstgenommen und aktiv verurteilt werden. Die Souveränität von Bosnien und Herzegowina ist essenziell für die Stabilität seiner künftigen Beziehungen innerhalb der Region. Sie muss durch eine feste Verpflichtung zur Beschleunigung der Mitgliedschaft des Landes in der Europäischen Union, der NATO und den anderen Organisationen gesichert werden. Das dient der nationalen und regionalen Stabilität und Entwicklung.